

Medienmitteilung zur Delegiertenversammlung von WOHNEN SCHWEIZ vom 17. Juni 2026 in Zürich

«Die Einsprache als fünfte Landessprache darf nicht geduldet werden»



Carmen Walker Späh und Daniel Burri waren sich einig: Die Einsprache darf nicht zur fünften Landessprache im Wohnungsbau werden. (Bild: Anja Wurm) -

pd | Verbandspräsident Daniel Burri forderte an der 15. Delegiertenversammlung von WOHNEN SCHWEIZ im Zunfthaus zur Meisen in Zürich bessere Rahmenbedingungen für bezahlbaren Wohnraum und warnte davor, dass Einsprachen gute Projekte immer stärker verzögern. Dieselbe Stossrichtung vertrat auch Carmen Walker Späh, Regierungspräsidentin und Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Zürich: Wer mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen will, muss Verfahren beschleunigen, Einsprachen gezielt begrenzen und bestehende gemeinnützige Wohnbauträger stärken.

WOHNEN SCHWEIZ – Verband der Baugenossenschaften hat am 17. Juni 2026 im Zunfthaus zur Meisen in Zürich seine 15. ordentliche Delegiertenversammlung durchgeführt. Rund 120 Delegierte und Gäste aus der ganzen Schweiz nahmen teil. Rund 100 Personen besuchten zuvor das Vorprogramm zur Einhausung Schwamendingen. Die Versammlung wählte Severin Keller, Geschäftsführer der Baugenossenschaft Röntgenhof Zürich, neu in den Vorstand. Damit stärkt WOHNEN SCHWEIZ seine Präsenz und auch Unterstützung für bürgerlich-liberal gesinnte gemeinnützige Wohnbauträger in der Region Zürich. Der Anerkennungspreis der Stiftung WOHNEN SCHWEIZ ging an die Kooperation Industriestrasse Luzern. Sie zeigt eindrücklich, welchen

Mehrwert die Zusammenarbeit gemeinnütziger Akteure für bezahlbaren Wohnraum, lebendige Quartiere und eine nachhaltige Stadtentwicklung schafft.

«Die Einsprache als fünfte Landessprache darf nicht geduldet werden.» Mit dieser klaren Botschaft richtete Verbandspräsident Daniel Burri den Blick auf eine zentrale Herausforderung im Wohnungsbau. Einsprachen seien ein wichtiges rechtsstaatliches Instrument. Sie dürften aber nicht dazu führen, dass dringend notwendige Erneuerungen, Verdichtungen und neue Wohnbauprojekte über Jahre blockiert würden. Wer bezahlbaren Wohnraum schaffen wolle, müsse gute Projekte innert nützlicher Frist ermöglichen.

Projekte ermöglichen statt verzögern

In seiner Ansprache ordnete Daniel Burri die wohnpolitischen Entwicklungen der vergangenen Wochen ein. Im Zentrum standen die jüngsten Abstimmungen im Kanton Zürich und in der Stadt Luzern sowie die Beschlüsse auf Bundesebene. National- und Ständerat haben einer Aufstockung des Fonds de Roulement um CHF 150 Millionen für die Jahre 2030 bis 2034 sowie einem Verpflichtungskredit von CHF 1,92 Milliarden für Bürgschaften der Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger für die Jahre 2027 bis 2033 zugestimmt. WOHNEN SCHWEIZ hatte sich nach Beratung mit seinem politischen Beirat klar für beide Vorlagen in der vom Bundesrat vorgeschlagenen Form ausgesprochen.

Burri betonte, dass es in der aktuellen Lage keine neuen Hürden brauche, sondern verlässliche Rahmenbedingungen, raschere Verfahren und praxistaugliche Instrumente. «Wer bezahlbaren Wohnraum schaffen will, muss Projekte ermöglichen, statt sie zu verzögern. Es braucht eine Politik, die gemeinnützige Wohnbauträger als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems sieht», sagte der Präsident von WOHNEN SCHWEIZ.

Zinslose Darlehen statt Subventionen

Den statutarischen Teil der Delegiertenversammlung eröffnete Carmen Walker Späh, Regierungspräsidentin und Vorsteherin der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich, mit einem Grusswort. Sie würdigte dabei den bürgerlich-liberalen Leitgedanken von WOHNEN SCHWEIZ und dessen Hilfe zur Selbsthilfe bei umsetzbaren Lösungen gegen den Wohnraummangel, der auch im Kanton Zürich deutlich spürbar ist.

Walker Späh bekannte sich ausdrücklich zum liberalen Grundsatz der Zürcher Wohnbauförderung. Der Kanton setze auf zinslose, rückzahlbare Darlehen statt auf Subventionen und trete nicht selbst als Immobilienbesitzer auf. Sie erinnerte daran, dass die Zürcher Stimmbevölkerung die Rahmenkredite für die kantonale Wohnbauförderung auf CHF 360 Millionen verdoppelt habe. Zusammen mit mindestens gleich hohen Beiträgen der Gemeinden stehen damit neu CHF 720 Millionen für zinslose Darlehen zur Verfügung.

Zudem verwies sie auf den jüngst angenommenen Gegenvorschlag des Regierungsrates zu einer Wohnungsinitiative. Dieser setze auf raschere Verfahren, eingeschränkte Einsprachemöglichkeiten

sowie verdichtetes und höheres Bauen, statt auf eine neue staatliche Wohnbauanstalt. Damit unterstrich sie die gleiche Stossrichtung wie WOHNEN SCHWEIZ: Nicht mehr Staat baut mehr Wohnungen, sondern bessere Rahmenbedingungen, verlässliche Partner und raschere Verfahren ermöglichen zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum. «Anstatt neue staatliche Akteure aufzubauen, sollten die bestehenden gemeinnützigen Wohnbauträger gestärkt und bessere Rahmenbedingungen für zusätzlichen Wohnraum geschaffen werden», betonte die Regierungspräsidentin.

Severin Keller neu im Vorstand

Die Delegierten wählten Severin Keller einstimmig in den Vorstand von WOHNEN SCHWEIZ. Keller ist Architekt ETH, Jahrgang 1980, und Geschäftsführer der Baugenossenschaft Röntgenhof Zürich. Er bringt fachliche Kompetenz in Planung, Erneuerung und Verdichtung sowie eine starke lokale Vernetzung in Zürich mit. «Ich bin überzeugt, dass genau hier in Zürich ein bürgerlich-liberaler Ansatz, ohne ideologische Scheuklappen, immer wichtiger wird!», sagte Keller bereits vor seiner Wahl.



Severin Keller (Foto: Anja Wurm)

Mit seiner Wahl stärkt WOHNEN SCHWEIZ seine Präsenz in einer für den gemeinnützigen Wohnungsbau besonders wichtigen Region. Zugleich ist die Wahl ein klares Signal an bürgerlich-liberal gesinnte gemeinnützige Wohnbauträger: WOHNEN SCHWEIZ vertritt eine Wohnbaupolitik, die auf Eigenverantwortung, Partnerschaften, marktnahen Instrumenten und praxistauglichen Lösungen basiert. Gerade in der Stadt und im Kanton Zürich ist dieser Ansatz zentral, wenn bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden soll, ohne neue staatliche Strukturen aufzubauen oder funktionierende Trägerschaften zu schwächen.

Anerkennungspreis für die Kooperation Industriestrasse Luzern



V.l. Daniel Burri, Angela Meier (Wohnwerk), Claudia Kress und Markus Christen (beide GWI)
(Foto: Anja Wurm)

Den mit CHF 10'000 dotierten Anerkennungspreis der Stiftung WOHNEN SCHWEIZ erhielt dieses Jahr die Kooperation Industriestrasse Luzern. Der Preis wurde bereits zum neunten Mal vergeben. Auf dem Areal Industriestrasse entwickeln fünf Baugenossenschaften gemeinsam ein neues Stück Stadt: abl, Wohnwerk, Wogeno, GWI und LBG Luzern realisieren 151 Wohnungen in 14 Häusern für rund 500 Menschen sowie rund 3'000 Quadratmeter für Gewerbe, Kultur und Begegnung.

Die Kooperation Industriestrasse Luzern zeigt exemplarisch, welchen enormen Mehrwert die Zusammenarbeit gemeinnütziger Akteure schaffen kann. Unterschiedliche Baugenossenschaften bringen ihre jeweiligen Stärken ein, bündeln Kompetenzen und entwickeln gemeinsam ein Areal, das mehr ist als eine reine Wohnüberbauung. Es entsteht ein lebendiges Quartier mit bezahlbarem Wohnraum, vielfältigen Wohnformen, Gewerbe, Kultur und Begegnungsräumen.

Den Grundstein dafür legte eine kommunale Volksinitiative. 2012 stimmten rund 60 Prozent der Luzerner Bevölkerung für den Erhalt des Areals und gegen dessen Verkauf. Gewürdigt wurden insbesondere die baugenossenschaftsübergreifende Zusammenarbeit, die breite Partizipation sowie die Verbindung unterschiedlicher gemeinnütziger Wohnformen. Dazu gehören auch Eigentumswohnungen nach dem Modell des Flexiblen Wohneigentums von WOHNEN SCHWEIZ.

Da WOHNEN SCHWEIZ die Geschäftsführung der Kooperation Industriestrasse Luzern im Mandat führt, fliesst das Preisgeld zweckgebunden in den Kulturfonds des Projekts. Es kommt damit gemeinschaftlichen Aktivitäten und Nachbarschaftsprojekten im Quartier zugute. «Uns verbindet die Überzeugung, dass guter Wohnraum mehr sein soll als vier Wände», sagte Angela Meier von Wohnwerk im Namen der Kooperation Industriestrasse Luzern.

Aktuelles aus dem Markt und vom Bund

Im Anschluss an den statutarischen Teil gab Simon Lüthi von Wüest Partner AG einen Einblick in die aktuelle Lage auf dem Schweizer Immobilienmarkt. Trotz geopolitisch bedingt steigender Energiepreise zeige sich die Schweizer Inflation bislang robust. Gleichzeitig bleibe die Wohnraumversorgung angespannt. Während das Bevölkerungswachstum etwas an Dynamik verliere, würden weiterhin zu wenig neue Wohnungen erstellt. Die Schere zwischen Angebotsmieten und Bestandsmieten dürfte sich deshalb weiter öffnen.



Martin Tschirren (Foto: Anja Wurm)

Martin Tschirren, Direktor des Bundesamts für Wohnungswesen, ordnete die aktuelle Lage auf dem Wohnungsmarkt aus Sicht des Bundes ein. Die Leerwohnungsziffer sei seit 2020 rückläufig, und auch wenn sich der Rückgang zuletzt etwas verlangsamt habe, bleibe die Lage vielerorts angespannt. Besonders deutlich zeige sich dies im tiefen Preissegment sowie in zahlreichen Bergregionen. Gleichzeitig bleibe die Bautätigkeit auf einem bescheidenen Niveau, während Abbrüche zugenommen hätten. Positiv wertete Tschirren, dass der Aktionsplan Wohnungsknappheit Wirkung zeige: Rund 88 Prozent der vorgesehenen Massnahmen seien bereits umgesetzt oder in Umsetzung. Auch die Förderinstrumente des Bundes seien gestärkt worden. Der Fonds de Roulement verzeichne eine zunehmende Nachfrage, und mit der Aufstockung des Fonds sowie dem neuen Verpflichtungskredit für die Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger seien wichtige Grundlagen bis Anfang der 2030er Jahre gesichert. Zudem verwies Tschirren auf das

geplante Kostenmietmodell, das gemeinnützigen Wohnbauträgern künftig eine einfachere und einheitlichere Festlegung der Mieten ermöglichen soll.

WOHNEN SCHWEIZ wächst weiter

Auch im Jahr 2025 wuchs die Mitgliederzahl der bürgerlich-liberalen Dachorganisation für den gemeinnützigen Wohnungsbau weiter an. Vor allem für die Westschweiz konnte Daniel Burri einen sehr positiven Trend aufzeigen. Für viele Gemeinden und Städte ist WOHNEN SCHWEIZ ein verlässlicher Partner, um griffige Massnahmen gegen die Wohnungsnot umzusetzen. Mit der Société coopérative d'habitation Lausanne ist zudem der grösste gemeinnützige Wohnbauträger der Westschweiz neu bei WOHNEN SCHWEIZ. Daniel Burri verwies auch auf das Modell des Flexiblen Wohneigentums, das WOHNEN SCHWEIZ seit Jahren propagiert und das in der Kooperation Industriestrasse Luzern umgesetzt wird.

Vorprogramm: Einhausung Schwamendingen als Vorbild

Rund 100 Personen besuchten vor der Delegiertenversammlung das Vorprogramm zur Einhausung Schwamendingen. Im Zentrum stand ein Grossprojekt, das exemplarisch zeigt, wie Infrastruktur, Freiraum, Quartierentwicklung und gemeinnütziger Wohnungsbau zusammengedacht werden können.

Flavio De Tomasi, Projektleiter der Bauherrenunterstützung bei der EBP Schweiz AG im Auftrag des ASTRA, zeigte auf, wie aus einer Initiative aus dem Quartier ein gemeinsam von Bund, Kanton und Stadt finanziertes Infrastrukturprojekt mit Gesamtkosten von rund CHF 615 Millionen wurde. Der Weg führte von der ersten Initiative 1999 bis zur Eröffnung 2025.

Ergänzt wurde der Einblick durch Axel Fischer von Grün Stadt Zürich, der die Entwicklung des neuen Ueberlandparks vorstellte. Thomas Lohmann, Präsident der IG pro zürich 12 und der Baugenossenschaft Glattal Zürich, brachte die Sicht des Quartiers sowie der beteiligten gemeinnützigen Wohnbauträger ein.

Nach der Fertigstellung der Einhausung beginnt nun für sie die eigentliche Arbeit. Thomas Lohmann wies darauf hin, dass die 15 Baugenossenschaften der IG pro zürich 12 in den kommenden Jahren Erneuerungs- und Ersatzneubauprojekte mit einem geschätzten Investitionsvolumen von rund CHF 1,6 Milliarden planen. Im anschliessenden Fachgespräch mit Publikumsfragen wurden die Erkenntnisse dieses Mammutprojekts für die Branche diskutiert.

Ausblick

Die 16. ordentliche Delegiertenversammlung von WOHNEN SCHWEIZ findet am 10. Juni 2027 in Luzern statt. Im Vorprogramm ist eine Besichtigung des Areals Industriestrasse vorgesehen. Anschliessend tagt die Delegiertenversammlung im Konzerthaus Schüür.

<Kasten WOHNEN SCHWEIZ>

WOHNEN SCHWEIZ – Verband der Baugenossenschaften steht für eine nachhaltige Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus im Sinne einer Hilfe zur eigenverantwortlichen Selbsthilfe ein. Als Dachorganisation des preisgünstigen Wohnungsbaus vertritt WOHNEN SCHWEIZ auf der Basis einer bürgerlichen Grundeinstellung die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Öffentlichkeit, Staat und Wirtschaft, um wirksame, marktnahe Instrumente zur Förderung von bezahlbarem und langfristig gesichertem Wohnraum zu ermöglichen.

Weitere Informationen, Fotos und Präsentationen finden Sie unter:

www.wohnen-schweiz.ch/dv2026.

Fotos in Druckqualität sowie die Präsentationen finden Sie unter:

www.wohnen-schweiz.ch/mmdv2026

Kontakt und Interviewvermittlung: Reto Martinelli, reto.martinelli@wohnen-schweiz.ch, 079 451 10 52 | 041 311 00 81